STADT ERFTSTADT

Der Bürgermeister

Az.: -10-

öffentlich

V 457/2016

Amt: - 10 -

BeschlAusf.: - 102 -

Datum: 01.09.2016

		gez. Hallstein, technische Beigeordnete	gez. Erner, Bürgermeister	
Kämmerer	Dezernat 4	Dezernat 6	BM	
gez. Hilbert-Hesse				
Amtsleiter	RPA			

Beratungsfolge

Termin

Bemerkungen

Betriebsausschuss Straßen	21.09.2016	vorberatend
Haupt-, Finanz- und Personalausschuss	04.10.2016	beschließend
Rat	25.10.2016	beschließend

Betrifft: **Ausnahme vom Einstellungsstopp für den Bereich der Friedhofs- und Grünflächenverwaltung im Eigenbetrieb Straßen-**

Finanzielle Auswirkungen:

Kosten in €: 48.400	Erträge in €:	Kostenträger: 010111910	Sachkonto: Personalkosten
Folgekosten in €: jährlich rd. 49.000		Mittel stehen zur Verfügung: ☒ Ja ☐ Nein	Jahr der Mittelbereitstellung: 2017
Nur auszufüllen, wenn Kostenträger Eigenbetrieb (Immobilien, Straßen, Stadtwerke)			
Wird der Kernhaushalt belastet: ☐ Ja ☒ Nein		Höhe Belastung Kernhaushalt:	Folgekosten Kernhaushalt:

Unterschrift des Budgetverantwortlichen

Erftstadt, den

Beschlussentwurf:

Vorbehaltlich der Genehmigung des Wirtschaftsplanes 2017 wird für die Besetzung der Stelle eines/einer Gartenbautechnischen Angestellten im Eigenbetrieb Straßen die Ausnahme vom Einstellungsstopp beschlossen.

Die Stelle wird mit Entgeltgruppe 8 TVöD ausgewiesen.

Begründung:

Zurzeit ist im Bereich der Friedhofs- und Grünflächenverwaltung zunächst zur Unterstützung als Kranken- und Abwesenheitsvertretung zusätzlich ein Mitarbeiter als Gartenbautechnischer Angestellter befristet bis zum 31.12.2016 beschäftigt.

Aus Sicht der Betriebsleitung hat sich die Einrichtung der Stelle und auch der derzeitige Stelleninhaber zweifelslos bewährt. Ein wesentlich ausgeweiteter Kontrollbedarf im Bereich der Grünflächenpflege, insbesondere auch zur Kontrolle und Abnahme externer Pflegefirmen, hat sich erwiesen.

Durch die Ausweitung der Kontrollen konnten Leistungsentgelte an die Pflegefirmen auf Grund nicht oder nicht sachgerecht ausgeführter Leistungen gekürzt oder einbehalten werden, externe Vergaben zur Sicherstellung und Kontrolle rechtlich vorgegebener Verkehrssicherungspflichten (z.B. Standfestigkeitsprüfung von Grabmalen, Verkehrssicherung auf öffentlichen Spielplätzen) können hierdurch zukünftig entfallen. Somit rechnet sich die Besetzung der Stelle aus Sicht der Betriebsleitung auch aus wirtschaftlichen Gesichtspunkten.

Das bisherige Beschäftigungsverhältnis sollte daher nunmehr in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis überführt werden, wofür nunmehr eine Ausnahme vom Einstellungsstopp zu beschließen wäre.

(Erner)